Quelle: FAZ vom 19.11.2011

Cameron: Auch wir wollen einen starken Euro

Besuch bei Merkel / Weiter Streit über Finanztransaktionssteuer / „Wir verstehen uns“

ban./nbu. BERLIN/BRÜSSEL, 18. November. Bundeskanzlerin Merkel und der britische Premierminister Cameron haben einander versichert, in den Grundlagen der europäischen Politik die gleichen Interessen zu verfolgen. Doch konnten bei dem Treffen in Berlin die Differenzen zwischen beiden Regierungen über die Einführung einer Finanzmarkt-Transaktionssteuer nicht beseitigt werden. Cameron sagte der Kanzlerin, auch Großbritannien habe ein Interesse an einem „starken Euro“. Frau Merkel wies darauf hin, die Konsolidierung der nationalen Haushalte müsse sich auch in der Ausgabenpolitik der EU insgesamt widerspiegeln. Beide Politiker versicherten, jüngste Zeitungsberichte über deutsch-britische Verwerfungen seien Aufgeregtheiten, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hätten. Jeder verstehe die Haltung des anderen, sagte Frau Merkel. Die Bundeskanzlerin wiederholte ihre Forderung, die EU-Verträge zu ändern, um die Einhaltung der Euro-Stabilitätsregeln besser überwachen zu können. Die Änderungen wären aber auf den Euroraum begrenzt, sagte Frau Merkel.

Cameron erläuterte, er halte die Einführung einer Finanztransaktionssteuer nur für sinnvoll, wenn dies weltweit geschehe. Ein Voranschreiten Europas, wie es die Bundesregierung befürwortet, lehne er ab. Doch wolle Großbritannien in Europa „aktiv und positiv“ agieren, „weil wir eine engagierte Handelsnation sind“. Cameron hatte sich am Morgen in Brüssel mit EU-Kommissionspräsident Barroso zu einem einstündigen „Arbeitsfrühstück“ getroffen. Hinterher hieß es, die beiden seien sich einig gewesen, dass bei der Stabilisierung der Eurozone und zur Schaffung von Arbeitsplätzen Prioritäten gesetzt werden müssten und dass der Binnenmarkt weiterzuentwickeln sei.

Finanzminister Schäuble bekräftigte sein Argument, es gebe überall für alle Güter und Dienstleistungen eine Umsatzsteuer, nur nicht für Finanzdienstleistungen. „Und ich kann nicht erkennen, warum das so sein soll“, sagte Schäuble der Deutschen Presse-Agentur. Die Bundesregierung respektiere aber das Recht Großbritanniens, vorläufig nicht der Eurozone anzugehören. *(Kommentar Seite 12.)*